

Stellungnahme

**zum Indikatorenbericht 2006 des Statistischen
Bundesamtes zur „Nachhaltigen Entwicklung in
Deutschland“**

Juni 2007

Zum fünfjährigen Jubiläum der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat das Statistische Bundesamt jüngst einen Indikatorenbericht vorgelegt, der mit statistischen Kennziffern die Nachhaltige Entwicklung in Deutschland anhand der 21 bekannten Indikatoren misst. Für econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e.V. sind ein transparentes und regelmäßiges Monitoring sowie eine kritische Bewertung des bisher Erreichten die Schlüsselfaktoren für den Erfolg der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. econsense nimmt dies daher zum Anlass, den bisherigen Prozess der politischen Nachhaltigkeitsagenda zu beleuchten, ohne auf die Entwicklung der Indikatoren im Einzelnen einzugehen.

Indikatoren und Zielvorgaben regelmäßig überprüfen

Die einzelnen Indikatoren haben sich mit Blick auf die definierten Zielmarken durchweg gut entwickelt. Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hierbei letztlich nur um eine quantitative und strikt indikatorenbezogene Betrachtung handelt, die keine qualitativen Aussagen über die Eignung der einzelnen definierten Zielgrößen wagt.

Denn das Statistische Bundesamt stellt – trotz erfreulichem Aufwärtstrend - beispielsweise bei der Energieproduktivität (Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt, je Einheit Energieverbrauch) und der Rohstoffproduktivität als Kriterien für die sparsame und effiziente Nutzung der Ressourcen sowie der nachhaltigen Flächennutzung eindeutig fest, dass die angestrebten Zielmarken nicht mehr zu erreichen sind. Gleiches Ergebnis ist bereits jetzt absehbar für die Indikatoren Artenvielfalt erhöhen, Staatshaushalt konsolidieren, Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern etc. Die Messlatte beim Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch für 2010 hingegen ist bereits vor zwei Jahren überschritten worden. Und ob beispielsweise eine möglichst geringe Gütertransportintensität – isoliert von verkehrsbedingten Umweltbelastungen, des Modal Split, der Abhängigkeit der Güter von den jeweiligen Verkehrsträgern und schließlich auch der mit der Arbeitsteilung verbundenen Wertschöpfung – ein geeigneter Indikator dafür ist, nachhaltige Mobilität zu sichern und die Umwelt zu schonen, sollte durchaus hinterfragt werden.

Vor diesem Hintergrund hält econsense es für geboten, nach nunmehr fünf Jahren nationaler Nachhaltigkeitsstrategie eine umfassende und kritische **Überprüfung jedes einzelnen Indikators und der entsprechenden Zielgröße** - in konstruktivem Dialog mit der Wirtschaft - durchzuführen. Wichtigstes Kriterium für econsense ist hierbei, dass die drei Säulen einer nachhaltigen Entwicklung – ökonomische, ökologische und gesellschaft-

liche - in gleichem Umfang berücksichtigt werden. Trotz einiger veränderter Stellschrauben seit dem Start der Nachhaltigkeitsstrategie im April 2002 dominiert der Umweltschutz weiterhin die aktuelle Agenda. Damit wird die Frage ausgeblendet, wie mit volkswirtschaftlich effizientestem Ressourceneinsatz die größten Potentiale vorrangig gehoben werden. Diese Einschränkung einer ausgewogenen Betrachtung hatte econsense bereits in seiner Stellungnahme zum Fortschrittsbericht 2004 der Bundesregierung angemahnt.

Darüber hinaus gilt es, das teils willkürliche Feld der **Herausforderungen auf der Nachhaltigkeitsagenda zu gewichten**. Dazu gehört ein klares Bekenntnis der Politik, welche Prioritäten bei einer Konkurrenz des Ressourceneinsatzes gesetzt werden sollten. In eben diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Gefahr eines unkoordinierten Nebeneinanders von Indikatoren zu vermeiden. Bleiben bei der Bewertung der Entwicklung einzelner Indikatoren ihre vielfältigen gegenseitigen Beziehungen und gegebenenfalls mögliche Zielkonflikte unberücksichtigt, geht ein hohes Maß an Aussagekraft schlichtweg verloren.

Nachhaltigkeitsziele im tagespolitischen Geschäft stärker verankern

Positiv ist weiterhin, dass die Bundesregierung Gremien wie den im Bundeskanzleramt verankerten Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung, den Rat für nachhaltige Entwicklung und den Parlamentarischen Beirat eingesetzt hat. Zentrale Aufgabe der Einrichtungen ist es, politische Maßnahmen zu erarbeiten, um die nationale und europäische Nachhaltigkeitsstrategie wirksamer zu gestalten. Bislang sind die Stellungnahmen der „Nachhaltigkeitsgremien“ allerdings noch kein beachteter Meilenstein im allgemeinen Gesetzgebungsprozess. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Fülle an Zielmarken für z.B. 2010, deren Erreichung bereits jetzt schon gescheitert ist. Um das Reformtempo zu erhöhen setzt sich econsense deshalb dafür ein, einen so genannten „**Nachhaltigkeitscheck**“ verpflichtend in den Entscheidungsprozess mit aufzunehmen, wobei den beratenden Einrichtungen eine zentrale Rolle zukommen sollte. Dies fördert nicht nur das Bewusstsein aller politischen Entscheidungsträger für das Megathema Nachhaltigkeit, sondern führt letztlich dazu, dass aus einer Strategie ein Programm wird – und das möglichst zeitnah.

Darüber hinaus sollten die Gremien selbst verstärkt die **Expertise der Unternehmen in ihre eigenen Arbeitsprozesse einbinden**, die das Leitbild nachhaltiger Entwicklung bereits praktizieren. Öffentliche Expertenanhörungen im Parlamentarischen Beirat beispielsweise zu den Themen Nachhaltiges Investment, Biomasse, Generationenbilanzen sowie Demografie und Infrastruktur, die letztlich Basis einer Stellungnahme sind, aus-

schließlich wie bislang mit Vertretern der Wissenschaft durchzuführen, lässt die mannigfaltige Erfahrung der Wirtschaft ungenutzt.

Um dem Stellenwert von Nachhaltigkeit und CSR gerecht zu werden, sollten die Themen, mit denen sich zahlreiche andere europäische Regierungen und die EU-Kommission bereits seit Jahren beschäftigen, darüber hinaus durch eine konkrete, möglichst **im Bundeskanzleramt aufgehängte Ansprechstelle zu CSR/Nachhaltigkeit** verankert werden. Anknüpfend an den gemeinsamen Ansatz der Europäischen Sozial- und Industriekommissare regt econsense darüber hinaus das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie an, sich hierbei aktiv in die Debatte einzubinden. Dies trägt nicht zuletzt dazu bei, den Stellenwert von Nachhaltigkeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu etablieren.

Grundsatz der Freiwilligkeit langfristig verankern

Oberstes Prinzip und unverzichtbares Instrument nachhaltigen Wirtschaftens ist für die econsense-Mitgliedsunternehmen der Grundsatz der Freiwilligkeit. Es gehört zur Natur der Sache eines freiwilligen Engagements von Unternehmen, dass vorab kein Pflichtenheft ausformuliert, sondern Raum für Möglichkeiten geschaffen wird: für innovative Themen, für neue Formen der Zusammenarbeit. Die EU-Kommission hat sich für die Freiwilligkeit des Ansatzes entschieden, weil sie die Chancen erkannt hat, gesellschaftlichen Handlungsbedarf mit Belohnung guter Beispiele und wettbewerblicher Differenzierung im Markt zu verbinden. Die Kontrolle findet ohnehin über Öffentlichkeit, Kunden und Finanzmärkte statt; denn gesellschaftliche Verantwortung ist ein wichtiger Aspekt der Nachhaltigkeit.

Mit Blick auf stets wiederkehrende Diskussionen über die Notwendigkeit regulierender Rahmenbedingungen unterstützt econsense die Bundesregierung aktiv darin, starre regulative Rahmen auf nationaler und insbesondere internationaler Ebene künftig zu vermeiden und das bislang **erfolgreiche Prinzip freiwilliger und flexibler Konzepte langfristig zu verankern und zu fördern**. Eigeninitiative und Kreativität von Unternehmen sollten nicht durch bürokratische Regeln gebremst werden.

econsense wird sich weiterhin aktiv in die Debatte einbringen und bietet sich der Bundesregierung als Partner im Dialog an, um die politische Nachhaltigkeitsagenda gemeinsam fortzuführen.

econsense ist ein branchenübergreifendes Netzwerk von 24 führenden, global tätigen Unternehmen und Organisationen der deutschen Wirtschaft, die gemeinsam die Zukunft nachhaltigen Wirtschaftens und gesellschaftlicher Unternehmensverantwortung gestalten möchten. Das Netzwerk wurde im Jahr 2000 auf Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) gegründet.

Mitglieder: Allianz, BASF, Bayer, BMW Group, Bosch, DaimlerChrysler, Degussa, Deutsche Bahn, Deutsche Bank, Deutsche Telekom, EnBW, E.ON, HeidelbergCement, Linde, Lufthansa, RAG, RWE, SAP, Siemens, Tetra Pak, ThyssenKrupp, TUI, VCI, Volkswagen

econsense | Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft e. V.
Breite Straße 29 | 10178 Berlin | Telefon: +49 (0)30-2028-1474 | Fax: +49 (0)30-2028-2474
info@econsense.de | www.econsense.de